Polen habe seine Grenze ungebührlich weit nach Osten vorgeschoben, womit er den Freiheitskämpfer Pilsudski in polnischen Augen schwer beleidigt. Endlich sagt der Herr Gesandte klipp und klar, daß Polen keine fähige Regierung besitze und daß die Innenpolitik und Außenpolitik Warschaus auf den Zerfall des Landes hinarbeiteten. Zu diesen massiven Beleidigungen kommt der unverkennbare Einfluß, den polnische Marxisten-Emigranten auf die tschechische Außenpolitik nehmen, wie ja überhaupt in keiner anderen Hauptstadt der Emigrantenkult so blüht wie in Prag. In Polen läßt man es deshalb an Schärfe der Antwort nicht fehlen. Sebas Schrift wird als das gehässigste Buch bezeichnet, das jemals ein ehemaliger Soldat (Seba war Legionär) geschrieben hat.

Nächst Polen fühlt sich Rumänien, Prags langjähriger Verbündeter, durch den Fall Seba am stärksten betroffen, denn in Bukarest ist der schriftstellernde Diplomat akkreditiert. Auch in bezug auf Rumänien beschränkt sich Seba nicht auf historisch-politische Darlegungen. Er erteilt der Außen- und Innenpolitik seines Gastlandes einen Haufen Ratschläge und scheut selbst vor Beleidigungen ganzer Stände des rumänischen Volkes nicht zurück. Der rumänischen Außenpolitik wirft er Unselbständigkeit vor, womit das Bündnis mit Polen gemeint ist. Dann gibt er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen Bukarest und Moskau, die von Titulescu, dem verflossenen rumänischen Außenminister, so „erfolgverheißend" begonnen wurden, nicht fortgeführt worden sind. Die Empörung über Sebas Buch ist so stark, daß sich bereits der rumänische Senat mit dem tschechischen Gesandten und seinen „Ratschlägen" beschäftigte. Der frühere Ministerpräsident Jorga sprach in diesem Zusammenhang von tiefgehenden Meinungs- und Interessenverschiedenheiten innerhalb der Kleinen Entente, und einige Senatoren forderten ganz offen die Abberufung Sebas aus Bukarest. Der rumänische Außenminister Antonesco versuchte die erregten Gemüter zu beruhigen. Die Verteidigungsrede für Seba mußte jedoch ihren Zweck verfehlen, da der Außenminister zugab, daß er das bewußte Buch noch nicht gelesen habe. Das wird er schleunigst nachholen müssen, denn ein weiteres Vordringen Sowjetrußlands nach Westen ist gerade für Rumänien von entscheidender Bedeutung. Das rumänische Volk ist sich sehr wohl der geschichtlichen Tatsache bewußt, daß Rumänien seit den Tagen der Kaiserin Katharina ein Aufmarschgebiet der russischen Armee war. Man hat in Bukarest auch nicht vergessen, daß die Sowjetregierung noch immer nicht die Dnjestr-Grenze, also die Einverleibung Bessarabiens in den rumänischen Staat, anerkannt hat. Das alles veranlaßte den rumänischen Außenminister zu der in dieser kategorischen Form immerhin bemerkenswerten Erklärung, daß ein Militärbündnis Bukarest-Moskau weder besteht noch geplant ist.

Bei der engen Verflechtung der südosteuropäischen Politik konnte der Fall Seba nicht auf die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien beschränkt bleiben. Er hat denn auch darüber hinaus den gesamten Südosten in Aufregung gebracht, und man spricht heute in den Hauptstädten bereits von einer schweren Krise der Kleinen Entente. Diese Krise kommt nicht überraschend. Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, daß mit dem tschechisch-sowjetrussischen Militärbündnis das Fundament der Kleinen Entente untergraben wurde, ihr Auseinanderfall deshalb nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Der Fall Seba hat die latenten Zerfallserscheinungen verstärkt und dem schwachen Gebäude eine neue Erschütterung zugefügt. Jugoslawien ist mit seiner Annäherungspolitik gegenüber Deutschland, Bulgarien und Italien schon längst nicht mehr als der Verbündete von ehemals zu betrachten. Die Tschechoslowakei hat sich mit ihrer blinden Sowjetfreundschaft um den letzten Kredit im südosteuropäischen Raum gebracht. So ist Rumänien zum Kristallisationspunkt der Zersetzungserscheinungen innerhalb der Kleinen Entente geworden. Und in Rumänien hat sich bereits beim Abgang Titulescus ein entscheidender Wandel angekündigt. Man vergleicht heute in Bukarest die Politik der Selbstaufgabe, wie sie auf dem Hradschin getrieben wird, mit der zielklaren, selbständigen Außenpolitik Jugoslaviens. Dieser Vergleich spricht für sich selbst. Es wird deshalb ganz offen die Frage gestellt, ob die Kleine Entente in ihrer jetzigen Form noch lebensfähig ist, und ob sie noch einen Sinn hat. Einer ihrer Mitgliedsstaaten handelt den Interessen der anderen zuwider, der zweite zeigt sich an dem Bündnis mehr und mehr unbeteiligt. Die Gemeinsamkeit der Interessen, die am 14. August 1920 zur Gründung der Kleinen Entente führte, ist nicht mehr vorhanden.

Das Problem Sowjetrußland ist zur Gewissensfrage der Kleinen Entente geworden. Südosteuropa steht wieder einmal im Mittelpunkt des Weltinteresses. Einige Vorgänge in den letzten Tagen haben die Bedeutung der Auseinandersetzungen, die dort im Gange sind, noch verstärkt. Der Stein des Anstoßes, Jan Seba, ist ganz plötzlich von Bukarest nach Prag abgereist. Man spricht davon, daß er nicht wieder auf seinen alten Posten zurückkehren wird. Der rumänische Außenminister wurde unmittelbar nach seiner Erklärung im Senat, daß Rumänien kein Militärbündnis mit Moskau wünsche, grippekrank und sagte seine seit langem geplante Reise nach Ankara ab. Es handelt sich augenscheinlich um eine diplomatische Grippe, denn mit der Absage zugleich wurde bekanntgegeben, daß der Minister am 15. Februar wiederhergestellt sein wird und an diesem Tage zur Balkankonferenz in Athen eintrifft. Ueber die Gründe der Absage an Ankara wird man nicht im Dunkeln tappen, wenn man sich erinnert, daß mit dem Dardanellen-Abkommen von Montreux einmal das Schwarze Meer an die Sowjetflotte ausgeliefert und zum anderen Rumänien vom freien Zugang zum Mittelmeer abgeschnitten wurde. Die Sowjetdämmerung in Rumänien im Zusammenhang mit dem Fall Seba dürfte es dem Außenminister Antonesco deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht als zweckmäßig erscheinen lassen, mit der Türkei, dem anderen Verbündeten Moskaus in Südosteuropa, irgendwelche Abmachungen zu treffen.

Der Führer beim WHW-Konzert der Philharmoniker

Wilhelm Furtwängler am Dirigentenpult – Ueber 21 000 RM Reinertrag des Abends

Berlin, 10. Februar.

Zu einem außergewöhnlich künstlerischen und gesellschaftlichen Ereignis gestaltete sich das Konzert, mit dem sich das Philharmonische Orchester Berlin unter Leitung von Staatsrat Dr. Wilhelm Furtwängler am Mittwochabend in der ausverkauften Philharmonie in den Dienst des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes stellte.

Die Anwesenheit des Führers und Reichskanzlers und vieler führender Persönlichkeiten aus Staat und Partei, Diplomatie, Wehrmacht, Kunst, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft gab der Veranstaltung ihre besondere Bedeutung. Das von Wilhelm Furtwängler gewählte auserlesene Programm, das die beiden Romantiker Weber und Brahms und Ludwig van Beethoven vorsah, rückte sie in den Mittelpunkt des reichshauptstädtischen Konzertlebens.

Kurz vor Beginn erschien der Führer in der Ehrenloge, in der Ministerpräsident Göring und Frau Göring bereits Platz genommen hatten, begleitet von Reichsminister Dr. Goebbels, seinen Adjutanten SA-Obergruppenführer Brückner, Hauptmann a. D. Wiedemann, dem Adjutanten der Luftwaffe, Hauptmann Mantius, dem persönlichen Referenten des Reichspropagandaministers, Ministerialrat Hanke, und dem stellvertretenden Pressechef der Reichsregierung, Ministerialrat Bernd. Die Besucher erhoben sich von den Plätzen und ehrten den Führer mit dem Deutschen Gruß.

Dann erschien, mit herzlichem Beifall empfangen, Staatsrat Dr. Wilhelm Furtwängler am Dirigentenpult. Das künstlerische Programm, das die Philharmoniker wiedergaben, war gleichzeitig eine Ehrung für zwei große Meister der deutschen Romantik. Zum Gedächtnis an den vor 150 Jahren geborenen Karl Maria v. Weber eröffnete die Ouvertüre zum „Freischütz" die Vortragsfolge. Als Vorfeier des 40jährigen Todestages von Johannes Brahms erklang sodann dessen Vierte Sinfonie. Der zweite Teil des Abends war Beethovens Siebenter Sinfonie gewidmet. Da die Veranstaltung restlos ausverkauft war, hat das Philharmonische Orchester eine Wiederholung des Konzerts für den 21. und 22. Februar vorgesehen.

Während der Pause empfing der Führer und Reichskanzler in seiner Loge den französischen Botschafter François-Poncet und den polnischen Botschafter Lipski.

Der künstlerische Leiter Generalmusikdirektor Hans v. Benda und der Geschäftsführer des Philharmonischen Orchesters Stegmann übergaben dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels einen Scheck über den Reinertrag des Abends in Höhe von 21 085,40 RM, ein erfreuliches Ergebnis dieses einzigartigen Konzertabends.

Dr. Ernst Hanfstaengl 50 Jahre alt

Berlin, 10. Februar.

Dr. Ernst Hanfstaengl, der Auslandspressechef der NSDAP, feiert am 11. Februar seinen 50. Geburtstag. Er entstammt einer alten bayrischen Familie, die ihren Ursprung in Bayern bis auf das Jahr 1350 zurückführt. Sein Vater war der Begründer des bekannten Deutschen Kunstverlages Hanfstaengl in München. Dr. Ernst Hanfstaengl absolvierte seine Studienzeit meist an ausländischen Hochschulen. Im Anschluß an die Teilnahme an den Münchner Novemberereignissen 1923 ging er mit anderen Mitkämpfern nach Oesterreich in die Verbannung. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1924 setzte er seine Studien im In- und Ausland fort, deren Ergebnis er 1930 in dem Werk „Von Marlborough bis Mirabeau" niederlegte. Dr. Hanfstaengl ist auch als Komponist beliebter Märsche hervorgetreten, von denen der Marsch „Deutscher Sohn" besonders bekannt geworden ist.

Nach der Machtübernahme ist es ihm als Auslandspressechef der NSDAP dank seiner zahlreichen ausländischen Beziehungen in erfolgreicher Weise gelungen, aufklärend für das Dritte Reich zu wirken und dem nationalsozialistischen Deutschland neue und aufrichtige Freunde zuzuführen. Dem alten und erfolgreichen Kämpfer der Bewegung, dem feinsinnigen Künstler, gelten am heutigen Tage die Sympathien seiner zahlreichen Freunde im In- und Ausland.

General von Oven †

Berlin, 10. Februar.

General der Inf. von Oven ist im Alter von 82 Jahren in Berlin gestorben. Adolf K. von Oven wurde in Westpreußen geboren und kam 1873 als Leutnant aus dem Kadettenkorps zum Infanterieregiment Nr. 96. 1904 übernahm er die 10. Infanteriebrigade in Torgau und 1907 das Kommando der 7. Division in Magdeburg. 1911 wurde er Gouverneur von Metz. Im September 1912 erhielt von Oven den Rang eines Generals der Infanterie. Februar 1914 erhielt er den erbetenen Abschied. Bei Kriegsausbruch wurde General von Oven wieder zum Gouverneur von Metz ernannt, welche Stellung er gleichzeitig mit der des Führers der Gruppe Metz bis 1918 innehatte. Ende 1918 trat der verdiente General endgültig in den Ruhestand.

Der Führer und Reichskanzler hat an Oberst von Oven, dem Sohn des Verstorbenen, folgendes Telegramm gerichtet: „Zu dem schweren Verlust, der Sie durch den Tod Ihres Vaters, des Generals der Infanterie Adolf von Oven, betroffen hat, spreche ich Ihnen in Erinnerung an die großen Verdienste, die der Verstorbene sich in Krieg und Frieden um Deutschland erworben hat, mein herzlichstes Beileid aus. gez. Adolf Hitler."

Die Folgen des Parteiausschlusses

Berlin, 10. Februar.

Der Stellvertreter des Führers hat in einem Erlaß an die Parteidienststellen darauf hingewiesen, daß ausgeschiedene Parteimitglieder, die sich gegen die Pflichten, die der Parteigenosse bei seinem Eintritt in die Partei auf sich nimmt, verstoßen haben, selbstverständlich auch ihre etwaigen Führerstellungen oder Arbeitsstätten in der Partei und allen ihren Organisationen sowie alle im Auftrage der Partei übernommenen Ehrenämter im Staat und in den Gemeinden bei ihrem Ausscheiden aus der Partei automatisch verlieren.

Ebenso selbstverständlich sei es, daß das Ausscheiden eines Parteigenossen, der Beamter sei, und als solcher besondere Pflichten gegenüber dem nationalsozialistischem Staat habe, für ihn auch schwere Folgen hinsichtlich seiner Beamteneigenschaft haben müsse.

Die Entfernung aus der Partei und ihren Gliederungen sei aber, so fährt der Erlaß des Stellvertreters des Führers fort, für jeden noch ehrliebenden Volksgenossen eine so harte Strafe, daß — ganz besonders schwer gelagerte Fälle ausgenommen — davon abzusehen sei, aus der Bewegung Ausgeschiedene auch etwa ihrer privaten Arbeitsstelle verlustig gehen zu lassen.

Die im Hinblick auf die Ewigkeitsaufgabe der Bewegung unentbehrliche Disziplin müsse stets eisern aufrechterhalten werden, trotzdem aber sei darüber zu wachen, daß allein schon im Interesse der Familie ein Ausgeschiedener nicht ohne zwingende Notwendigkeit wirtschaftlich schlechter gestellt wird, als jeder andere Volksgenosse.

Flugzeugabsturz — 11 Tote. Kurz vor der Landung stürzte ein Sechsflugzeug der United-Air-Line über dem Hafen von San Francisko ab. Die Maschine sank sofort. Alle elf Insassen ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Die Nationaltruppen in raschem Vormarsch auf Motril

Der Feind flüchtet ohne Widerstand – 15 000 Bolschewisten in den Bergen abgeschnitten

Rom, 10. Februar.

Die „Tribuna" bringt interessante Einzelheiten über das rasche Vorrücken der nationalen Truppen. Am Mittwoch um 12,30 Uhr standen sie bereits 15 Kilometer vor Motril. Auf dem ganzen Vormarsch leistete der Feind so gut wie keinen Widerstand, da er sich in regelloser Flucht befindet. Viele Angehörige des in Malaga liegenden Regiments „Victoria", die sich noch rechtzeitig verstecken konnten, kamen nach Malaga zurück und stellten sich beim nationalen Kommando.

Aus Gibraltar erfährt die „Tribuna", daß nach Schätzungen 15 000 Bolschewisten in die Berge flüchteten. Sie sind vollkommen abgeschnitten. In den nächsten Tagen werden sie sich ergeben müssen. Bisher wurden 4000 Gefangene in Malaga eingeliefert, die nur mit Mühe vor der Lynchjustiz der Menge geschützt werden konnten. Bei vielen fand man Juwelen und größere Geldsummen, die von ihnen geraubt worden waren.

Barcelona von See aus beschossen

Paris, 10. Februar.

Barcelona wurde in der Nacht zum Mittwoch von der Seeseite aus unter Feuer genommen. Die katalanische Hauptstadt wurde sofort verdunkelt. Die Küstenbatterien und ein im Hafen liegendes Kanonenboot sollen das Feuer erwidert haben.

Nationales U-Boot vor Barcelona

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 10. Februar.

Nach einer Reutermeldung aus Barcelona tauchte in der Nähe des Hafens heute ein U-Boot der nationalen Flotte auf, das von bolschewistischen Flugzeugen mit Bomben angegriffen wurde, die ihm aber nichts anhaben konnten. Das Erscheinen des U-Bootes der nationalen Flotte in der Nähe von Barcelona hat bei den Bolschewisten starke Beunruhigung hervorgerufen. Weiter wird aus Barcelona berichtet, daß sich dort in der letzten Zeit mehrere Eisenbahnunfälle ereignet haben. Die Bolschewisten behaupten, daß diese Unfälle das Werk einer aus spanischen Nationalisten bestehenden Kolonne seien.

Valencia ist ihnen nicht mehr sicher genug

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 10. Februar.

Wie englische Zeitungen berichten, haben die spanischen Nationalisten Funkmeldungen der Bolschewisten aufgefangen, aus denen hervorgeht, daß die Bolschewistenhäuptlinge Largo Caballero, Azana und Prieto samt ihrem ganzen Anhang von Valencia nach Barcelona übersiedeln wollen, weil sie sich auch in Valencia nicht mehr sicher fühlen.

In Gibraltar haben englische Polizeibeamte mehrere Boote mit spanischen bolschewistischen Flüchtlingen angehalten. Die Insassen wurden vorläufig interniert. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch fünf Personen, die sich als „Offiziere" des „roten Generalstabs" bezeichneten.

Besprechung Ciano-Metaxas geplant

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Rom, 10. Februar.

Die „Stampa" berichtet aus Mailand, daß der italienische Außenminister Graf Ciano und der griechische Ministerpräsident Metaxas zu einer Besprechung zusammenkommen werden. Um die Besprechung, die auf italienischem Boden stattfinden soll, einzuleiten, wird Graf Ciano entsprechende Verhandlungen mit dem griechischen Außenminister pflegen.

Warschau verlangt von Prag Aufklärung wegen Seba

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Februar.

Die polnischen Blätter wenden sich mit aller Schärfe gegen den tschechischen Gesandten in Bukarest, Seba, der — wie berichtet — vor einiger Zeit ein Buch hat erscheinen lassen, das in der Forderung gipfelt, zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei auch einen territorialen Zusammenhang herzustellen. Dieses Buch hat deshalb eine ungeheure Empörung ausgelöst, weil man die Forderung Sebas dahin deutet, daß durch die Hergabe polnischen Gebietes diese territoriale Verbindung geschaffen werden soll.

Die polnischen Zeitungen heben nun in ihren Kommentaren besonders hervor, daß das Buch sogar ein Vorwort des tschechischen Außenministers Krofta enthält. Von der Prager Regierung wird verlangt, daß sie unverzüglich zu den Ausführungen ihres Vertreters in Bukarest Stellung nimmt, denn man könne solche Forderungen nicht als eine private Entgleisung gelten lassen.

Der „Kurjer Poranny" weist darauf hin, daß dieses Buch die polenfeindliche Einstellung der tschechischen Politik aufs deutlichste enthülle und daß man sich in Prag angesichts eines solchen Beweises dafür nicht zu wundern brauche, wenn eine Verständigung zwischen der Tschechoslowakei und Polen nicht zu erreichen sei. Auch die übrigen Blätter vertreten die Ansicht, daß die Beziehungen zwischen Warschau und Prag aufs schwerste leiden müßten, wenn ein verantwortlicher tschechischer Diplomat es wage, allen Ernstes den unerhörten Vorschlag zu machen, daß man dem polnischen Staat einen Teil seines nationalen Gebietes nehmen solle. Der Skandal werde noch größer, wenn die Vorgesetzten dieses Diplomaten nicht ganz entschieden von ihm und seinem Buch abrückten, was bis jetzt noch nicht geschehen sei.

Inzwischen hat die tschechische Regierung Seba zur Berichterstattung nach Prag beordert. Es war charakteristisch, daß sich bei der Abreise Sebas aus Bukarest lediglich der sowjetrussische Gesandte zur Verabschiedung einfand, während alle übrigen offiziellen Persönlichkeiten, darunter auch solche der bulgarischen Regierung, fernblieben. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, in welcher Weise sich die Prager Regierung zu Seba und seinem Buch zu äußern gedenkt.

Zehn Spione in Ungarn verurteilt

Budapest, 10. Februar.

Der ungarische Honved-Gerichtshof verurteilte am Mittwoch zehn Personen wegen Spionage zugunsten fremder Staaten zu schweren Zuchthausstrafen bis zu 18 Jahren. Das Urteil verbietet ferner der Mehrzahl der Verurteilten auf Lebenszeit das Betreten der ungarisch-tschechoslowakischen Grenzzone.